

## Protokoll – öffentlicher Teil

### 38. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 20.02.2024
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum "Sanssouci", Edisonallee 5 - 9, 14473 Potsdam

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Uwe Adler	SPD	Sitzungsleitung
-----------	-----	-----------------

##### Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	
Philipp Ziems	DIE aNDERE	
Isabelle Vandre	Die Linke	
Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:15 Uhr
Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Lars Eichert	CDU	
Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	

##### sachkundige Einwohner

Heiderose Gerber	DIE aNDERE
Wolfgang Kroll	Beirat für Menschen mit Behinderungen Mitten in Potsdam
Stefan Lüdcke	
Kathrin Jackel-Neusser	SPD
Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen
Kerstin Sammer	CDU
Alexander Tassis	AfD

##### Beigeordnete

Brigitte Meier

##### Vertreter der Beiräte

Fereshta Hussain	Migrantenbeirat
Peter Mundt	Seniorenbeirat

#### Abwesend

##### Mitglieder

Pete Heuer	SPD	entschuldigt
------------	-----	--------------

### **zusätzliches Mitglied**

Götz Thorsten Friederich	Mitten in Potsdam	entschuldigt
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	Potsdam sozial gerecht	entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Tom Seefeldt	Freie Demokraten	entschuldigt
Nina Waskowski	DIE LINKE	entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Claudia Sprengel	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Dr. Amanda Palenberg	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Dr. Tina Denninger	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Eiken-Carina Magnussen	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Herr Lars Schmäh	Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
Herr Stefan Frerichs	Wirtschaftsförderung
Herr Sebastian Jungnickel	Bereich Beteiligungsmanagement
Herr Dr. Rolf Lessing	Vorsitzender Beirat für Menschen mit Behinderung

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.11.2023
- 4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam  
*Fraktion DIE aNDERE* 23/SVV/0177
  - 5.2 Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen  
*Fraktion Freie Demokraten* 23/SVV/0402

5.3	Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	23/SVV/0676
5.4	LHP als Cannabis Modellregion <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	23/SVV/0680
5.5	App des Gesundheitsamtes <i>Fraktion der Freien Demokraten</i>	23/SVV/0705
5.6	Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes <i>Fraktionen SPD, Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	23/SVV/0966
5.7	Aktuelle Auswirkungen des Beschlusses DS 21/SVV/0630 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden <i>Fraktion CDU</i>	23/SVV/1130
5.8	Standortprüfung Potsdamer Tafel <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	23/SVV/1270
5.9	Bearbeitungsdauer von Anträgen zu sozialen Leistungen verkürzen <i>Fraktion der Freien Demokraten</i>	23/SVV/1280
5.10	Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i>	23/SVV/1291
5.10.1	Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen - Änderungs-/Ergänzungsantrag <i>Fraktion Die Linke</i>	23/SVV/1291-01
5.11	Barrierefreie Gestaltung von Kinderspielplätzen in Potsdam <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0042
5.12	Trinkwassersparsysteme bei neuen Wohnbauprojekten <i>Fraktion der Freien Demokraten</i>	23/SVV/1395
5.13	1. Änderung des Durchführungsvertrages mit Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplans zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 35 „Wohnpark Geschwister-Scholl-Straße 55, 56, 58 und 59“ der Landeshauptstadt Potsdam <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i>	23/SVV/1406
5.14	Wiederherstellung der Parkplätze Am Neuen Palais <i>Fraktion Potsdam sozial gerecht</i>	24/SVV/0016
5.15	Zeitgemäße Unternehmensziele für die ProPotsdam <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	24/SVV/0031
5.16	Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i>	23/SVV/1389

5.17	Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“ <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	24/SVV/0033
5.18	Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0045
5.19	Gegen die Einsamkeit in unserer Gesellschaft <i>Fraktion SPD</i>	24/SVV/0037
5.20	Trinkbrunnen in der Innenstadt <i>Fraktion Mitten in Potsdam</i>	24/SVV/0048
6	Mitteilungen der Verwaltung	
6.1	Barrierefreie öffentliche Toilette im Bereich Filmmuseum/Alter Markt <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur</i>	23/SVV/1255
6.2	Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen und Schutzsuchenden in der Landeshauptstadt Potsdam – Bilanz für das Jahr 2023 und Ausblick für das Jahr 2024 <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration</i>	24/SVV/0089
7	Sonstiges	

## Protokoll

### Öffentlicher Teil

---

#### 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzende, Herrn Uwe Adler.

---

#### 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Anschließend schlägt Herr Adler folgende **Änderungen zur Tagesordnung** vor:  
Die **Tagesordnungspunkte 5.4** „LHP als Cannabis Modellregion“ (DS 23/SVV/0680) **und 5.5** „APP des Gesundheitsamtes“ (DS 23/SVV/0705) werden von Seiten der

antragstellenden Fraktionen **zurückgezogen**.

**Tagesordnungspunkt 5.7** „Aktuelle Auswirkungen des Beschlusses DS 21/SVV/0630 Ökologisches Bauen von Kommunalen Gebäuden (DS 23/SVV/1130) wird **vertagt**, da die Drucksache auch im Werksausschuss KIS vertagt wurde.

Die **Tagesordnungspunkte 5.10** „Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen“ (DS 23/SVV/1291) und **5.11** „Barrierefreie Gestaltung von Kinderspielplätzen in Potsdam sollten in der Reihenfolge der Beratung vorgezogen werden.

Die **Tagesordnungspunkte 5.13** „1. Änderung des Durchführungsvertrages mit Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplans zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 35 „Wohnpark geschwister-Scholl-Straße 55, 56, 58 und 59“ der Landeshauptstadt Potsdam (DS 23/SVV/1406) und **5.14** „Wiederherstellung der Parkplätze Am neuen Palais“ (DS 24/SVV/0016) werden **nicht beraten, da der GSWI-Ausschuss fachlich nicht zuständig** ist.

**Tagesordnungspunkt 5.15** „Zeitgemäße Unternehmensziele für die ProPotsdam“ (DS 24/SVV/0031) wird in **1. Lesung** beraten.

Die **Tagesordnungspunkte 5.16** „Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt“ (DS 23/SVV/1389), **5.17** „Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt Blauer Lichterglanz“ (DS 24/SVV/0033) und **5.18** „Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes“ (DS 24/SVV/0045) werden **zusammen beraten**.

Zum Tagesordnungspunkt 5.4 erklärt Frau Vandre, dass dieser Antrag zurückgezogen wird, da es derzeit keine gesetzliche Grundlage gibt. Der Antrag wird dann ggf. in die mit der Kommunalwahl neu gewählte Stadtverordnetenversammlung erneut eingebracht.

Herr Adler stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die vorliegende Tagesordnung wird mit einstimmig **bestätigt**.

---

### **3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.11.2023**

Herr Adler stellt das Protokoll zur Sitzung vom 28.11.2023 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird 5 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

---

### **4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion**

Die Berichte des Migrantenbeirates und des Beirates für Menschen mit Behinderung liegen vor. Der Bericht des Seniorenbeirates liegt nicht schriftlich vor und muss nachgereicht werden.

Herr Dr. Lessing, Vorsitzender des Beirates für Menschen mit Behinderung erinnert daran, dass sich der Beirat im Dezember 2023 konstituiert hat. Er verweist auf die unterschiedlichen Barrieren für Menschen mit Behinderung, die ihnen die Teilhabe erschweren. Er erklärt, dass es seine Vision ist, den Beirat für Menschen mit Behinderung abschaffen zu können. Dazu muss die Inklusion wesentlich voranschreiten. Herr Dr. Lessing bittet, gemeinsam zu versuchen, aus der Landeshauptstadt Potsdam eine inklusive Stadt zu machen.

Herr Mundt sagt zu, den Bericht des Seniorenbeirates nachzureichen. Er informiert über die neue Anbindung des Beirates zum Büro für Chancengleichheit und Vielfalt und dankt Frau Meier und Frau Kitzmann für die bisherige Betreuung und Unterstützung.

Herr Mundt macht deutlich, dass die Wohnberatung für Senioren und Seniorinnen für sehr wichtig sei und das Thema Wohnen eines der Hauptprobleme der älteren Bevölkerung ist. Daher wird sich der Seniorenbeirat mit diesem Thema weiter vertieft befassen. Er verweist auf das Positionspapier des Seniorenbeirates dazu, dass dem GSWI-Ausschuss ebenfalls zur Verfügung gestellt wird.

Herr Eichert bittet, die Berichte zukünftig zu den Unterlagen zur Sitzung einstellen.

Herr Wietschel weist darauf hin, dass auch einige Beratungsräume nicht barrierefrei sind. Die sollte thematisiert werden.

Frau Vandre verweist auf die umfangreiche Tagesordnung und regt an, in einer der kommenden Sitzungen des GSWI-Ausschusses eine umfassende Beratung dazu zu führen. Sie weist auch darauf hin, dass geplant ist, eine Auswertung der Arbeit der Wohnungstauschzentrale im GSWI-Ausschuss vorzunehmen, da können auch die Themen der Senioren aufgenommen werden.

Frau Becker bittet den Beirat für Menschen mit Behinderung und den Seniorenbeirat auch Kontakt zu den Fraktionen aufzunehmen, um gemeinsam zu schauen, wo noch unterstützt und gemeinsam Themen bearbeitet werden können.

Frau Sprengel verweist auf die Brandenburgische Frauenwoche mit verschiedenen Veranstaltungen. Die entsprechenden Flyer liegen auf den Tischen im Sitzungsraum.

- Anlage 1      Tätigkeitsbericht\_Migrantenbeirat\_20.02.24 (öffentlich)
- Anlage 2      Bericht\_Beirat für Menschen mit Behinderung\_20.02.24 (öffentlich)
- Anlage 3      Bericht Seniorenbeirat 20.02.24 (öffentlich)
- Anlage 4      Seniorenbeirat\_Position zur Zukunft der Koordinierungsstelle Wohnungstausch (öffentlich)

---

## 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

---

### 5.1 Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam

23/SVV/0177  
geändert beschlossen

Herr Ziemis bringt namens der Fraktion DIE aNDERE folgenden **Änderungsantrag** ein:  
**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in seiner Rolle als Mitglied des Bündnis „Sicherer Hafen“, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen dass das Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Menschen, die noch in Afghanistan oder in den Nachbarländern leben, vereinfacht und bekannter gemacht wird.**  
**Die Stadtverordnetenversammlung soll im Mai 2024 über den Sachstand informiert werden.**

Herr Jekel, Fachbereichsleiter Wohnen, Arbeit und Integration erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung gegen die Beschlussfassung des so geänderten Antrages keine Einwände bestehen.

Herr Fröhlich bittet, den Deutschen Städtetag zu ergänzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Fassung der

Drucksache zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **in seiner Rolle als Mitglied des Bündnis „Sicherer Hafen“, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen** dafür Sorge zu tragen, dass das Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Menschen, die noch in Afghanistan **oder in den Nachbarländern** leben, **vereinfacht und bekannter** unverzüglich auch in der Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt wird.

~~Dazu sollen kurzfristig und für einen befristeten Zeitraum städtische Mittel bereitgestellt werden, um NGO, die die Tätigkeit einer meldenden Stelle ausüben wollen, bei der Finanzierung von Personal- und Sachkosten zu unterstützen.~~

Die Stadtverordnetenversammlung soll im ~~April 2023~~ **Mai 2024** über den Sachstand informiert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **2**

---

## 5.2 Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen

**23/SVV/0402**  
geändert beschlossen

Frau Becker begründet die neue Fassung des Antrages.

Herr Krawinkel, Fachbereichsleiter Feuerwehr, macht deutlich, dass im letzten Jahr der Anstieg im Rettungsdienst aufgefangen werden konnte. Es wurden auch Maßnahmen zur Entlastung des Rettungsdienstes vorgenommen.

Wichtig ist zu überlegen, wie man die Bevölkerung sensibilisieren kann. Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit befindet sich die Feuerwehr im intensiven Austausch mit der KVBB. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel der KVBB kann dann in die Öffentlichkeitsarbeit gegangen werden.

Bezüglich der Entlastung der Rettungsstellen der Krankenhäuser ist man mit der Neuaufstellung gut aufgestellt.

Bezüglich der Einrichtung eines „Sichtungstresens“ im Klinikum Ernst von Bergmann sollten die rechtlichen Regelungen auf Bundesebene abgewartet werden. Ein Eingriff in die Krankenhauslandschaft sollte so nicht vorgenommen werden.

Frau Meier ergänzt, dass eine Tresen Lösung im Klinikum Ernst von Bergmann aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nicht möglich sei.

Herr Krawinkel bietet an, Kontakt zur Pressestelle der LHP Kontakt aufzunehmen und eine Verlinkung zu den Seiten der beiden Bereitschaftspraxen der Krankenhäuser vornehmen zu lassen.

Aufgrund der gegebenen Informationen ändert Frau Becker namens der Fraktion Freie Demokraten den Antrag erneut wie folgt:

**neue Fassung des Antrages:**

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Rettungsdienste und die Notaufnahmen entlastet werden können, und das Angebot der Ärztlichen Bereitschaftspraxen im St. Josef Krankenhaus und im Klinikum Ernst von Bergmann besser beworben werden kann, so dass möglichst im Laufe des Jahres 2023, spätestens bis Ende Q1 2024, jeder Potsdamer Haushalt von den Angeboten erfährt (116117 und Bereitschaftspraxen).*

Folgende Punkte sollen u.a. mindestens bei der Prüfung einbezogen werden:

**Bereitschaftspraxen:**

- Verbesserte Informationen und Auffindbarkeit auf potsdam.de zu beiden Bereitschaftspraxen (bisher zu versteckt, Öffnungszeiten der Bereitschaftspraxis im St. Josefs sind länger als auf potsdam.de angegeben, Bereitschaftspraxis EvB fehlt ganz)

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Q3 2023 mitzuteilen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Rettungsdienste und die Notaufnahmen entlastet werden können, und das Angebot der Ärztlichen Bereitschaftspraxen im St. Josef Krankenhaus und im Klinikum Ernst von Bergmann besser beworben werden kann, so dass möglichst im Laufe des Jahres 2023, spätestens bis Ende Q1 2024, jeder Potsdamer Haushalt von den Angeboten erfährt (116117 und Bereitschaftspraxen).

Folgende Punkte sollen u.a. mindestens bei der Prüfung einbezogen werden:

**Notaufnahmen:**

~~Einsparpotential durch Verweis von Patienten mit leichteren Symptomen an die KV-Praxis der Kassenärzte während deren Öffnungszeiten,~~

- ~~u.a. z.B. durch Testen einer zentralen Ersteinschätzungsstelle („Tresen“) im EvB – wie in der 4. Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung zur Reform der Notfall- und Akutversorgung empfohlen~~
- ~~Anbringen/Aufstellen von Info-Tafeln in diversen Sprachen vor Eintritt zu den Notaufnahmen für besseres Routing.~~

**Bereitschaftspraxen:**

- Verbesserte Informationen und Auffindbarkeit auf potsdam.de zu beiden Bereitschaftspraxen (bisher zu versteckt, Öffnungszeiten der Bereitschaftspraxis im St. Josefs sind länger als auf potsdam.de angegeben, Bereitschaftspraxis EvB fehlt ganz)
- ~~Bewerbung in Bussen und Bahnen des VIP, sowie an Haltestellen, in verschiedenen Sprachen.~~

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Q4 2023 mitzuteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

---

### 5.3 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676  
abgelehnt

Herr Fröhlich teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss den vorliegenden den Antrag unabhängig beschlossen hat. Er betont, dass es aus seiner Sicht aber weiterhin sinnvoll sei, den Antrag zu überarbeiten, da dieser in der vorliegenden Fassung nicht zustimmungsfähig sei.

Herr Jekel, Fachbereichsleiter Wohnen, Arbeit und Integration, kann aus Sicht der Verwaltung ebenfalls nicht empfehlen, dem Antrag in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt setzt sich das Ziel, prekäre Wohnlagen für alle von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen zu verhindern.

Dazu soll die im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte differenzierte Unterbringung entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe für die Zukunft erhalten und umgesetzt werden. Die Auswahl von geeigneter Unterbringung für alle Menschen - unabhängig vom Rechtskreis - soll so für die Zukunft sichergestellt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Die Standards der Unterbringung sollen sich nach den fachlichen Empfehlungen zu den individuellen Bedarfen der unterzubringenden Menschen richten, wie z. B. nach den Empfehlungen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.
- Sicherzustellen, dass die Zuweisung und Versorgung bei der Belegung der Wohngebäude aus dem Sonderbauprogramm nach Ordnungsrecht grundsätzlich den Ansprüchen an die Angemessenheit des Wohnraums an Angebote für WBS-Wohnungsfreigaben der Landeshauptstadt Potsdam entsprechen.
- Der Stadtverordnetenversammlung ist über die strukturelle Verankerung einer entsprechenden Grundlage in die Geschäftsprozesse zur Unterbringung durch die jeweiligen Teams im Fachbereich 3 der Landeshauptstadt Potsdam im Oktober 2023 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 2

---

**5.4 LHP als Cannabis Modellregion**

**23/SVV/0680**  
zurückgezogen

Die Drucksache wird von Seiten der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

---

**5.5 App des Gesundheitsamtes**

**23/SVV/0705**  
zurückgezogen

Die Drucksache wird von Seiten der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

---

**5.6 Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes**

**23/SVV/0966**  
geändert beschlossen

Frau Meier schildert die Situation in Bayern und macht dabei deutlich, dass es diese Struktur im Land Brandenburg nicht gibt. Sie regt an, mit dem MSGIV in Kontakt zu treten, um ein Modellprojekt zu initiieren.

Frau Meier regt an, den Antrag wie folgt zu ändern:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an das MSGIV heranzutreten, ein Modellprojekt zu initiieren, mit dem Ziel stationäre psychiatrische Einweisungen zu vermeiden bzw. deutlich zu verringern.*

*Ziel des Projektes ist der Aufbau eines landesweiten Netzwerks an psychosozialer Betreuung in akuten Krisensituationen im Land Brandenburg. Vorbild könnte hierbei der psychosoziale Krisendienst der bayrischen Bezirke sein“*

*+ die 5 Eckpunkte aus dem Ursprungsantrag.*

Auf Nachfrage betont Frau Meier, dass sowohl das MSGIV wie auch die Krankenhäuser ein großes Interesse daran haben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung.

### **Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, aktiv in Verhandlungen mit dem Landkreistag sowie mit dem Land Brandenburg zu treten, um die Gründung eines psychischen Krisendienstes zu initiieren.~~

~~Ziel soll sein, ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, das auf die spezifischen Bedürfnisse der Region abgestimmt ist und eine effiziente, zielgerichtete Hilfe für Menschen in psychosozialen Krisensituationen gewährleisten kann. Darüber hinaus wird angestrebt, eine Kooperation mit den umliegenden Landkreisen zur Konzeption und Realisierung des Krisendienstes zu etablieren.~~

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an das MSGIV heranzutreten, ein Modellprojekt zu initiieren, mit dem Ziel stationäre psychiatrische Einweisungen zu vermeiden bzw. deutlich zu verringern.**

**Ziel des Projektes ist der Aufbau eines landesweiten Netzwerks an psychosozialer Betreuung in akuten Krisensituationen im Land Brandenburg. Vorbild könnte hierbei der psychosoziale Krisendienst der bayrischen Bezirke sein.**

Die Initiative soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:

1. Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle mit einer kostenlosen, rund um die Uhr erreichbaren Telefonnummer für Menschen in psychischen Krisensituationen.
2. Schaffung mobiler Teams aus Fachkräften, die vor Ort unterstützen und bei Bedarf fachärztliche Hilfe hinzuziehen können.
3. Klare Strukturierung und Bündelung der vorhandenen Hilfsangebote zur besseren Orientierung und schnelleren Vermittlung für Hilfesuchende.
4. Evaluation der Initiative durch eine unabhängige Stelle, idealerweise durch die Universität Potsdam, um die Wirksamkeit des Krisendienstes zu gewährleisten und kontinuierlich zu verbessern.
5. Aktive Einbeziehung vorhandener psychosozialer sowie ehrenamtlicher Organisationen in das Netzwerk des Krisendienstes.

Dem GSWI und dem JHA ist über den Stand der Umsetzung halbjährlich zu berichten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>8</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

---

**5.7 Aktuelle Auswirkungen des Beschlusses DS 21/SVV/0630 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden**

**23/SVV/1130**  
vertagt

Die Drucksache wird vertagt.

---

**5.8 Standortprüfung Potsdamer Tafel**

**23/SVV/1270**  
ungeändert beschlossen

Frau Kitzmann, Fachbereichsleiterin Soziales und Inklusion, informiert, dass das Objekt in der Drewitzer Straße räumlich limitiert ist.

Es gab am 19.01.2024 ein Treffen mit allen Beteiligten mit dem Ergebnis, dass die EWP an der Zusammenarbeit interessiert ist und auch daran, das Gelände entsprechend zu entwickeln. Für die Zeit der Baumaßnahmen wird aktuell ein Übergangsort gesucht.

Die Tafel soll perspektivisch ein Logistikstandort bekommen. Dazu wird eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet, die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird, um die erforderlichen finanziellen Mittel einplanen zu können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die Drucksache zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Standort des Tafel Potsdam e.V. in der Drewitzer Straße 22 A in 14478 Potsdam baulich erweitert werden kann.

In die Prüfung sind einzubeziehen:

- Gebäudeerweiterungen am Standort Drewitzer Str. 22 A auch in den Gehölzbestand hinein,
- Kündigung und Verlagerung des angrenzenden Gewerbebetriebes,
- Bereitstellung eines temporären Ersatzstandortes für den Tafel e.V. während der Einschränkungen durch Baumaßnahmen am Standort Drewitzer Straße 22 A

Die Prüfung soll umgehend und im Zusammenhang mit den Standortuntersuchungen zum Sonderbauprogramm an der Saarmunder Straße 46 in der Waldstadt II erfolgen.

Das Prüfergebnis ist den Stadtverordneten noch vor der vom Oberbürgermeister auf der Anwohnerversammlung am 19.10.2023 angekündigten 2. Versammlung zum geplanten Sonderbauprogramm in der Saarmunder Straße 46 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **8**  
Ablehnung: **0**  
Stimmenthaltung: **0**

---

**5.9 Bearbeitungsdauer von Anträgen zu sozialen Leistungen verkürzen**

**23/SVV/1280**  
abgelehnt

Frau Becker bringt den Antrag ein und gibt Erläuterungen.

Frau Kitzmann, Fachbereichsleiterin Soziales und Inklusion, informiert, dass das Bearbeitungssystem umgestellt wurde, so dass der Rückstand in diesem Jahr abgearbeitet wird. Die Mitarbeitenden haben am vergangenen Samstag freiwillig einen zusätzlichen Arbeitstag zur Abarbeitung eingelegt.

Herr Jekel, Fachbereichsleiter Wohnen, Arbeit und Integration, teilt mit, dass auch für Wohngeld die Vorschläge des Antrags weitestgehend umgesetzt wurden. Es wurden neue Stellen besetzt und die Mitarbeitenden eingearbeitet. Vereinfachungsverfahren wurden geprüft und umgesetzt. Die Anzahl der bearbeiteten Anträge konnte verdoppelt werden. Auch Dokumentationsassistenten wurden eingestellt. Somit können die Rückstände der Altfälle abgebaut werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Jekel, dass es aktuell 4 Monate bis zur Auszahlung dauert. Er geht davon aus, dass man im Sommer 2024 bei den im Antrag gewünschten Zeiten liegt. Auch die Digitalisierung beim Wohngeld soll jetzt vorangehen.

Es erfolgt eine kurze kontroverse Diskussion zum Umgang mit der Drucksache in deren Ergebnis Frau Becker folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung** stellt: Zurückstellung der Drucksache.

Herr Adler bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 4 Zustimmungen und 4 Ablehnungen **abgelehnt**.

Anschließend stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt beginnend zum 01.04.2024 eine dauerhafte und durchgängige Bearbeitungsdauer bei Sozialleistungen (wie z.B. Wohngeld oder Bildung und Teilhabe) von max. 2 Monaten sicherzustellen (von der Einreichung kompletter Unterlagen bis zum finalen Bescheid). Dabei sollen alle verfügbaren Mittel eingesetzt werden (z.B. Zeit- arbeitskräfte, Umwidmungen innerhalb der Verwaltung, auch temporär das Ersuchen von Amtshilfe, Aufruf zu freiwilliger Mehrarbeit). Ebenso ist eine Priorisierung der Fälle nach sozialer Notwendigkeit vorzunehmen und die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

---

**5.10 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen**

**23/SVV/1291**  
vertagt

---

**5.10 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen - Änderungs-/Ergänzungsantrag**

**23/SVV/1291-01**  
vertagt

Herr Schmäh, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen, nimmt Bezug auf den Ände-

rungsantrag 23/SVV/1291-01, der so durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde. Er teilt mit, dass die Verwaltung Kontakt zur Stadt Freiburg aufgenommen hat, da es dort auf einem Spielplatz mit einem derartigen Wickeltisch gibt. Herr Schmäh macht darauf aufmerksam, dass die eine Variante an Wickeltischen, die aktuell auf dem Markt ist, kein Gütesiegel hat. Des Weiteren stehen der LHP keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Auch der zusätzliche Personalbedarf kann nicht gedeckt werden.

Aus den genannten Gründen empfiehlt die Verwaltung die Ablehnung des Antrages. Im Fall des Beschlusses müssen die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Wietschel bittet zu bedenken, dass die Wickeltische so gestaltet sein müssen, dass sie auch durch Rollstuhlfahrer und kleinwüchsige Menschen benutzt werden können.

Herr Schmäh betont, dass die Umsetzung ohne finanzielle Mittel möglich sei. Er bittet um folgende Ergänzung der DS 23/SVV/1291-01 „Sobald ein Jahr Evaluationszeitraum vorlag und die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen“.

Frau Vandre stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Zurückstellung des Antrages, da die Finanzierung ungeklärt ist.

Herr Adler bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

---

## 5.11 Barrierefreie Gestaltung von Kinderspielplätzen in Potsdam

24/SVV/0042  
vertagt

Herr Schmäh, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen, verweist auf das Inklusionskonzept, das im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel umgesetzt wird. Er bietet an, das Konzept als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Bezüglich der Bitte um konkrete Aussagen, welche finanziellen Mittel benötigt werden, um die entsprechenden Prioritäten setzen zu können verweist Herr Schmäh auf die Anlagen des Stadtentwicklungskonzeptes Spielflächen. Hier sei sehr detailliert ablesbar, welche Mittel für die Abarbeitung der Prioritäten benötigt werden.

Herr Schmäh macht deutlich, dass die Verwaltung sehr bemüht ist, eine größtmögliche Beteiligung zu erzielen.

Herr Dr. Lessing schlägt vor, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung mit der Verwaltung in den Dialog tritt.

Herr Eichert stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Zurückstellung des Antrages.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 5 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen **angenommen**.

---

## 5.12 Trinkwassersparsysteme bei neuen Wohnbauprojekten

23/SVV/1395  
vertagt

Frau Becker bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird signalisiert, dass das Anliegen als wichtig angesehen wird, damit aber hohe Kosten entstehen. Auch fehle im Antrag der Aspekt, wie dies bezahlbar gemacht werden kann. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass es hier offensichtlich noch diverse Gesetzeslücken gebe.

Herr Adler macht deutlich, dass der GSWI-Ausschuss aus seiner Sicht keine fachliche Zuständigkeit für den Antrag hat.

Frau Becker stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung: Zurückstellung der Drucksache.

Herr Adler bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen.**

---

**5.13 1. Änderung des Durchführungsvertrages mit Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplans zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 35 „Wohnpark Geschwister-Scholl-Straße 55, 56, 58 und 59“ der Landeshauptstadt Potsdam**

**23/SVV/1406**  
zur Kenntnis genommen

Die Drucksache wird nicht behandelt, da der GSWI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist.

---

**5.14 Wiederherstellung der Parkplätze Am Neuen Palais**

**24/SVV/0016**  
zur Kenntnis genommen

Die Drucksache wird nicht behandelt, da der GSWI-Ausschuss fachlich nicht zuständig ist.

---

**5.15 Zeitgemäße Unternehmensziele für die ProPotsdam**

**24/SVV/0031**  
vertagt

Die Drucksache wird in 1. Lesung beraten.

Herr Jungnickel, Bereichsleiter Beteiligungsmanagement, verweist auf den Potsdamer Aktionsplan, der moderne Ziele für die ProPotsdam enthält. Diese werden in den Wirtschaftsplänen detailliert. Die Wirtschaftspläne werden in den Hauptausschuss gegeben.

Frau Vandre macht deutlich, dass der Druck auf die ProPotsdam enorm hoch ist und zu Konfliktsituationen führt. Als Beispiel benennt sie das Sonderbauprogramm. Sie hält es für die Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung sich anzusehen, wie die Unternehmensstruktur ist und wie damit umgegangen werden soll.

Herr Eichert schlägt vor, das Wohnungspolitische Konzept abzuwarten. Er regt an, den Antrag zurückzustellen und das Wohnungspolitische Konzept abzuwarten.

---

**5.16 Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt**

**23/SVV/1389**  
vertagt

Die Tagesordnungspunkte 5.16, 5.17 und 5.18 werden zusammenbehandelt.

Herr Eichert weist darauf hin, dass der SBWL-Ausschuss sich zum Antrag 5.18 verhalten und ein Votum abgegeben hat. Die beiden Anträge zu 5.16 und 5.17 wurden zurückgestellt.

Es besteht Einigkeit, dass im GSWI-Ausschuss genauso vorgegangen werden soll.

Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, macht deutlich, dass die barrierefreie Gestaltung des Weihnachtsmarktes die Verwaltung durchaus beschäftigt. Er macht deutlich, dass es allen ermöglicht werden soll, den Weihnachtsmarkt besuchen zu können und sich dort wohlfühlen.

Herr Frerichs teilt mit, dass es einen weiteren Workshop zur Verständigung der Ausrichtung geben wird. Des Weiteren wird es eine rechtliche Prüfung bezüglich der Vergabe geben und es wird auch Kontakt zu anderen Städten aufgenommen. Am 07.05.2024 sollen die Ergebnisse im SBWL-Ausschuss vorgestellt werden.

Frau Dr. Denninger betont, dass es im letzten Jahr durchaus Verbesserungen bei der Barrierefreiheit gegeben hat. Der Weihnachtsmarkt aber durchaus nicht barrierefrei war. Sie bittet, bei den künftigen Workshop-Reihen zusammen mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung eingebunden zu werden.

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Zurückstellung der vorliegenden Drucksache.

Der Zurückstellung wird mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **zugestimmt**

---

#### 5.17 Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“

24/SVV/0033  
vertagt

Herr Adler bittet um Abstimmung über die Zurückstellung der vorliegenden Drucksache.

Der Zurückstellung wird mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **zugestimmt**.

---

#### 5.18 Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes

24/SVV/0045  
geändert beschlossen

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für die geänderte Fassung des SBWL-Ausschusses aus, dem Hauptausschuss bis Mai 2024 zu berichten.

Herr Adler stellt die so geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung.

#### **Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. alle Klagen der Bürger, der Gewerbetreibenden und Verbände sowie der Stellungnahmen der Verwaltung zu Anträgen und Anfragen zu einem aktuellen Lagebild zusammenzustellen,
2. das Lagebild in seiner Gesamtheit zu bewerten,
3. die Rechts- und Vertragslage aufzuzeigen und zu bewerten sowie
4. daraus Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich aller genannten Problemdarstellungen mit allen Betroffenen unter Einbeziehung der Stadtpolitik zu entwickeln und
5. Vorschläge für die künftige Durchführung des Weihnachtsmarktes/der Weihnachtsmärkte zu erarbeiten. Dabei ist darauf zu achten, dass es sich um eine zentrale Marketingfrage der Landeshauptstadt Potsdam handelt und besonders kritisch zu betrachten ist, ob ein Großereignis dieser Bedeutung Dritten überlassen werden kann und welche Alternativen es dazu gibt.

Dem Hauptausschuss ist bis Juni ~~Juni~~ **Mai** 2024 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

---

**5.19 Gegen die Einsamkeit in unserer Gesellschaft****24/SVV/0037**  
erledigt

Frau Kitzmann, Fachbereichsleiterin Soziales und Inklusion, verweist auf den sehr kurzen bis zum Antragsschluss am 31.01.2024. Sie macht dabei aber auch deutlich, dass die Thematik bereits in vielen Projekten mit bearbeitet wird. Es ist davon auszugehen, dass geeignete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden können.

Frau Sprengel ergänzt, dass auch die Akademie der 2. Lebenshilfe dazu sehr gute Angebote hat.

Herr Adler stellt fest, dass der Antrag erledigt ist. Er bittet um Abstimmung über die Feststellung der Erledigung.

Die **Erledigung** des Antrages wird **einstimmig festgestellt**.

---

**5.20 Trinkbrunnen in der Innenstadt****24/SVV/0048**  
erledigt

Herr Adler informiert, dass der KUM-Ausschuss am 15.02.24 die Erledigung des Antrages festgestellt hat. Er schlägt vor, sich dem Votum anzuschließen und bittet um Abstimmung über die Feststellung der Erledigung.

Die **Erledigung** des Antrages wird **einstimmig festgestellt**.

---

**6 Mitteilungen der Verwaltung**

---

**6.1 Barrierefreie öffentliche Toilette im Bereich Filmmuseum/Alter Markt****23/SVV/1255**  
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

**6.2 Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen und Schutzsuchenden in der Landeshauptstadt Potsdam – Bilanz für das Jahr 2023 und Ausblick für das Jahr 2024****24/SVV/0089**  
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

## 7 Sonstiges

Herr Wietschel kritisiert die mangelnde Barrierefreiheit des Hauses Edisonallee 5-9 sowie des Sitzungsraumes.

Frau Dr. Denninger nimmt dies mit und wird gemeinsam mit Frau Petermann prüfen und im GSWI-Ausschuss über das Ergebnis der Prüfung berichten.

Vorsitz:

Protokollführung:

---

Uwe Adler

---

Martina Spyra